

Statement

— Yasmin Fahimi

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

— Jahrespressekonferenz

Berlin, 23. Januar 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch von mir noch einmal ein herzliches Willkommen zu unserer Jahrespressekonferenz. Und ein frohes neues Jahr! Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen des schrecklichen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine:

- Ein Angriff auf die internationale und europäische Friedensordnung,
- ein Verbrechen gegen das Völkerrecht,
- ein barbarischer Akt der Gewalt und Grausamkeit gegen die Zivilbevölkerung.

Die Schreckensbilder aus der Ukraine begleiten uns weiterhin tagtäglich. Aber wir erleben auch eine Welle der Hilfsbereitschaft und der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.

Dazu werden wir als DGB auch in diesem Jahr wieder unseren Beitrag leisten.

- Mit unserer Spendenkampagne „Gewerkschaften helfen“.
- Mit dem praktischen Engagement unserer Mitglieder in der Flüchtlingshilfe.
- Mit dem Einsatz unserer Betriebsräte für die Integration der Zuflucht suchenden Ukrainer*innen in der Arbeitswelt.

Die Unterstützung derjenigen, die vor Putins Bombenterror geflohen sind, bleibt eine der großen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben in diesem Jahr. Ihnen gebührt unser Mitgefühl und unsere Solidarität.

In Deutschland selbst hat sich wieder einmal gezeigt, wie leistungsfähig und wertvoll ein starker Staat und die Kooperation von Sozial- und Tarifpartnern sind, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu bewältigen.

- Für Sicherheit und Stabilität zu sorgen.
- Und den wirtschaftlichen Absturz zu verhindern.

Das waren die unmittelbaren und am Ende erfolgreich gelösten Aufgaben in dieser fundamentalen Krise.

- Eine tiefe Rezession der Volkswirtschaft ist zunächst abgewendet.
- Die befürchtete Gasmangellage hat sich in diesem Winter nicht eingestellt.
- Trotz Preisexplosion konnten die Einkommen vieler Privathaushalte durch unsere Tarifabschlüsse und Entlastungszahlungen des Staates stabilisiert werden.

Jetzt kommt eine neue Zeit der Gestaltung.

- Jetzt geht es um Zukunft und Transformation.
- Jetzt geht es darum, den klimapolitisch zwingenden und dringenden Umbau der Industrie und der ganzen Wirtschaft und Gesellschaft mit Beschäftigungs- und Zukunftschancen für die Menschen zu verbinden.

Wir wissen sehr genau, dass viele Haushalte immer noch armutsgefährdet sind. Die Belastungen aus der Corona-Zeit und die Inflationskrise haben die Reserven vieler Familien aufgezehrt.

Auch deshalb ist Transformation aus gewerkschaftlicher Sicht kein vergleichsweise einfacher Wechsel von einer Technologie in eine andere. Sonst wäre man schnell fertig mit dem Wechsel vom Verbrenner zum E-Auto und mit dem Ersatz fossiler Kraftwerke durch Wind- und Solarkraft.

Es geht darum, diesen Prozess so zu gestalten,

- dass gute Arbeit in Deutschland Zukunft hat,
- dass die Industrie nicht abwandert,
- dass die Menschen und Unternehmen von einer leistungsfähigen Verwaltung profitieren und
- dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Wandel mitgestalten, weil er ihnen neue Lebenschancen und Zukunftsperspektiven eröffnet.

Damit unser Land ein Paradebeispiel für eine verantwortlich gestaltete, gerechte und nachhaltige Entwicklung werden kann, sind zwei Bedingungen unerlässlich, die wir in diesem Jahr in das Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Debatte rücken werden.

Als erstes brauchen wir ein klares Signal der Politik, dass die Arbeits- und Lebensperspektiven der Menschen das zentrale Leitmotiv der Transformation sind. Deswegen fordern wir grundsätzliche politische Vereinbarungen und konkrete Verträge zur Sicherung von Standorten und Beschäftigung mit den Arbeitgebern.

- Die Unternehmen müssen sich verpflichten, neue Wertschöpfung und klimagerechte Produkte an den hiesigen und den europäischen Standorten zu entwickeln und aufzubauen.
- Im Gegenzug können sie von den Milliarden-Beträgen profitieren, die der Staat zur Unterstützung der Transformation bereitstellt.

Ohne Standorttreue keine Standortvorteile, das ist die einfache Logik, die wir durchsetzen wollen.

Die zweite Bedingung ist die Stärkung von Tarifvertrag und Mitbestimmung. Wir brauchen einen demokratischen Aufbruch in einer Zeit, die den Menschen und der Gesellschaft so viele Veränderungen gleichzeitig abverlangt.

Mit unseren passgenauen Tarifverträgen und der Mitbestimmung haben wir in Deutschland Instrumente, die geradezu perfekt geeignet sind, Veränderungen aus eigener Kraft und in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten.

Wie kleine Gesellschaftsverträge regeln sie im Betrieb und den einzelnen Branchen Weiterbildung, Arbeitszeiten, komplizierte Veränderungen, aber beispielsweise auch mehr Gleichstellung – in einer Tiefe und Zielgenauigkeit, mit der keine gesetzliche Regelung mithalten kann.

Deshalb ist es geradezu fahrlässig, wenn wir es als Gesellschaft zulassen, dass die Tarifbindung schwindet. Dieses Auseinanderdriften der Arbeitswelten ist nicht nur ein Risiko für eine erfolgreiche Transformation.

Es ist schlichtweg Sprengstoff für den sozialen Frieden in unserem Land.

- Deshalb fordern wir von der Bundesregierung einen Nationalen Aktionsplan zur Steigerung der Tarifbindung.
- Wir wollen, dass sich die Bundesregierung dem Ziel verpflichtet, die Tarifbindung wieder auf mindestens 80 Prozent anzuheben.

Ein zentraler Baustein der gerecht gestalteten Transformation muss daher die Tariftreue bei der öffentlichen Vergabe sein. Ich erwarte, dass die bis zu 500 Mrd. Euro Steuergelder, die die öffentliche Hand an Aufträgen vergibt, in Zukunft nur noch an Unternehmen gehen, die kein Lohn- und Sozialdumping betreiben – die direkt tarifgebunden sind.

Auch bei der Vergabe von Wirtschaftshilfen und anderen Fördergeldern müssen Mitbestimmung und Tarifbindung in Zukunft ein hartes Kriterium sein.

Zusätzlich müssen wir für die Nachwirkung von Tarifverträgen bei Betriebsübergängen sorgen: Arbeitgeber dürfen gar nicht erst auf die Idee kommen, sich durch Umstrukturierung oder ähnliches aus dem Tarifvertrag stehlen zu können. Das gleiche gilt auch für die unsägliche Möglichkeit, ohne Tarifzugehörigkeit Mitglied in einem Arbeitgeberverband zu sein. Ohne Tarif im Arbeitgeberverband – das müsste schon in der Satzung der Verbände als unvereinbarer Widerspruch formuliert sein.

Kurz: Ohne Treue zu den Werten und Grundlagen einer sozialen Marktwirtschaft kein Zugang zu den Vorteilen einer sozialen Marktwirtschaft. Das sind für mich zentrale Elemente in einem Grundgesetz der Arbeit, mit dem wir die Arbeitswelt im Wandel im Sinne der Beschäftigten gestalten können.

Meine Damen und Herren,

natürlich gibt es noch eine Unzahl an weiteren Gestaltungsaufgaben, um die wir uns kümmern werden.

Zu den absolut unverzichtbaren Voraussetzungen einer erfolgreichen Transformation gehört jedoch, dass es ein ausreichendes Maß an bezahlbarem Strom aus Erneuerbaren Energien gibt. Es ist offensichtlich, dass der Ausbau der Erneuerbaren nach wie vor viel zu langsam voranschreitet. Genauso offensichtlich ist, dass Strom in Deutschland viel zu teuer ist – für die Unternehmen wie für die privaten Haushalte. Wenn man das ändern will, dann muss man über neue Ideen und Impulse sprechen. Ein Weiter so im alten Trott wird nicht ausreichen.

Stattdessen sollte geprüft werden, wie die Angebotsseite, also die Attraktivität des Ausbaus der Erneuerbaren gestärkt werden kann. Zum Beispiel, indem sich energieintensive Regionen zusammenschließen, um in eigener Verantwortung und Initiative in Grünstrom zu investieren. Es wäre naheliegend, solche Ansätze mit verlässlichen Ausbauflächen und zum Beispiel niedrigeren Netzentgelten zu fördern. In jedem Fall müssen wir jetzt zeitnah ein tragfähiges Energiemarktdesign verabreden. In Verbindung mit langfristigen, preisgünstigen Tarifen könnte das stromintensive Industrieunternehmen bewegen, sich als Investitionspartner der notwendigen Offensive zum Ausbau Erneuerbaren Energie anzuschließen.

Dem Klima reichen nicht Ausstiegsaktivisten, sondern was wir brauchen sind viel mehr Einstiegsaktive.

Als DGB werden wir das Jahr für Praxis-Checks in den Regionen nutzen. Wir werden konkret erheben, woran der Ausbau in bestimmten Regionen scheitert und wo welche Nichtentscheidungen die EE-Dynamik ausbremsen.

Meine Damen und Herren,

so sehr sich der Staat als starker Akteur in der Krise bewährt hat, so deutlich werden derzeit die Belastungsgrenzen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und in den meisten Fällen zeigt sich, dass der gemeinsame Faktor fehlende Personalausstattung ist.

Corona-Krise und die Folgen des Krieges in der Ukraine zeigen insgesamt Fehlentwicklungen auf, die schon länger erkennbar sind.

- Der Pflegenotstand in den Krankenhäusern ist schon sprichwörtlich. Nun kommen auch noch Engpässe bei Medikamentenlieferungen hinzu.
- Altenheime schließen, weil die Energiekosten zu hoch sind oder das Personal fehlt.
- Züge fallen aus oder kommen regelmäßig zu spät.
- An den Flughäfen fehlt es bei der Abfertigung.
- Nach wie vor steigen die Mieten in den Städten, genauso wie die Mietnebenkosten.
- Der Wohnungsbau hinkt dem Bedarf dramatisch hinterher.
- Es gibt immer noch nicht genügend Kita-Plätze.
- Die Ausstattung der Schulen ist häufig ein einziger Jammer.

Es ist ein Alarmsignal, dass sich solche Defizite addieren und teilweise gegenseitig verstärken.

Offensichtlich steht die Funktionsfähigkeit unseres Sozialstaates sowie die Sicherheit und Ordnung unseres Rechtsstaates auf dem Spiel. Und das zu einem Zeitpunkt, wo seine Leistungsfähigkeit in der tiefgreifenden Transformation mehr denn je gefragt ist. Vor diesem Hintergrund sind die Revitalisierung staatlicher Handlungsfähigkeit und Investitionen in das Sicherheitsversprechen des Sozialstaates zwingend notwendig.

Wir müssen zurück zu einem leistungsfähigen Netz öffentlicher Daseinsvorsorge.

- Infrastruktur
- Wohnungsbau
- Alterssicherung
- Gesundheitswesen
- Bildung

2023 muss das Jahr werden, in dem die Weichen für soziale und wirtschaftliche Resilienz gestellt werden. Unser Land muss in seinen Strukturen durchgängig an Widerstandskraft gegen Krisenerscheinungen gewinnen.

Die Formate, in denen das mit der Bundesregierung thematisiert und vorangebracht werden muss, gibt es: Konzentrierte Aktion und Allianz für Transformation. Der DGB wird sich dort mit seinen Schwerpunkten und Positionen weiter einbringen.

Unser Ziel ist es, gesamtgesellschaftliche Zukunftsbündnisse zu schmieden.

- Im kritischen Austausch mit Arbeitgebern.
- Mittels verlässlicher Verabredungen mit der Wirtschaft.
- Als zukunftsorientierter Gestaltungspartner der Politik.

Wir haben in den vergangenen schwierigen Monaten eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass man auf uns zählen kann: mit erfolgreichen Tarifabschlüssen und der Durchsetzung politischer Forderungen. Und deswegen freue ich mich über eines besonders: Wir haben an Vertrauen und Zustimmung unter den Beschäftigten nochmals zulegen können.

Ganz folgerichtig entspricht auch unser diesjähriges Mai-Motto, das ich Ihnen jetzt vorstellen darf, dem beschriebenen Trend: „Ungebrochen solidarisch!“